



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21884 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/286 - 16. Dezember 1955

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Dissonanzen in Paris Krach um die Freihandelszone - Die Rolle der Militäre Günter Larascheffel berichtet aus Paris	68
2a	Nach dem Warschauer Ullrich-Besuch Schwenkung in der polnischen Politik - Verstärkte Bonner Gelegenheiten	54
3 - 4	Wirtschaftskonferenz im Schatten der Pyramiden Asiatisch-Afrikanische Staatengruppe in Ringen zwischen Ost und West	78
5 - 6	Burgfrieden? Von Franz Bursig	66
7	Schlafen die Herzen? Ein Bild unserer Zeit	47

* * * * *
* * * * *

Dissonanzen in Paris

Günter Markschaffal berichtet aus Paris

Nach dem "Berliner Sonntag", wie man hier den ersten Verhandlungstag der Großen Pariser Konferenz-Serie nennt, sollte am Montag die Freihandelszone unter Dach und Fach gebracht werden.

Um es vorwegzunehmen: Dieser Versuch ist gescheitert. Um nicht ganz das Gesicht zu verlieren, einigte man sich auf die Absicht, am 15. Januar 1959 erneut die Experten verhandeln zu lassen. Über was? - Das ist auch nach der Montag-Konferenz noch unklar.

Wer am Abend die Konferenzteilnehmer den Verhandlungsraum verlassen sah, konnte mißmutige Gesichter beobachten, die sich nicht einmal unter den Blitzlichtern der Pressefotografen zu dem sonst üblichen Lächeln aufhellten.

In der Tat: Frankreichs Außenminister hatte nach einer dramatischen Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse seines Landes klipp und klar gesagt, seine Regierung könne anstelle der vorgesehenen 75 Prozent nur 40 Prozent Warenkontingente "befreien". Für die restlichen 60 Prozent bot Frankreich eine Teilbefreiung von 20 Prozent an.

Dieser Vorschlag führte zu scharfen Protesten. Großbritannien, Schweden und der Schweizer Vertreter bezeichneten den französischen Vorschlag als "diskriminierend und unannehmbar".

Englands Handelsminister David Eccles protestierte am heftigsten und kündigte "Gegenmaßnahmen" an, worauf der französische Außenminister Couve de Murville erklärte, er verhandele nicht "unter Druck".

Es ging also hoch her. Die Verstimmung ist komplett, und wie es weitergehen soll, können nicht einmal die zahlreichen nach Paris gekommenen Experten sagen.

Man erzählt sich hier einen bitteren Witz, den Dulles zum besten gegeben haben soll. Auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, ob die diesjährige NATO-Konferenz wieder das Bild der Ge-

schlossenheit zeigen werde wie im Dezember 1957, erwiderte der Auswärtige Minister: "Ich denke, ja, Herr Ghruschtschow hat durch seine letzten Aussagen die besten Voraussetzungen dafür geschaffen. Vielleicht ernennen wir ihn zum NATO-Generalsekretär. Speak ist z. B. nervös".

Auch wenn diese Geschichte nicht wahr sein sollte, - sie kennzeichnet die Situation.

In der Berlin-Frage wird es, nach außen hin sichtbar, keine Differenzen geben, obwohl durchaus nicht verborgen geblieben ist, daß die Auffassungen über den einschlagenden Weg - außer der klaren Ablehnung der Moskauer Berlin-Vorschläge - unterschiedlich sind.

Aber dann bleiben noch:

- a) Die französische Forderung, ein Führungsgremium innerhalb der NATO zu schaffen, natürlich mit Beteiligung Frankreichs.
- b) Die Cypern-Frage, die das Verhältnis zwischen England, Griechenland und der Türkei trübt.
- c) Die deutschen Vorschläge für die Revision des NATO-Kommandos Nord, ein Komplex, der im Skandinavien, und zum Teil auch bei den Engländern, Mißstimmung, wenn nicht gar Mißtrauen, gegen die Bundesrepublik ausgelöst hat.
- d) Der Fischerel-Konflikt um Island, der auch nur notdürftig verdeckt werden ist.

Es ist natürlich nicht zu erwarten, daß die bei Behandlung der aufgeführten Fragen bereits jetzt zum Ausdruck gekommenen Meinungsverschiedenheiten Bismarck anzunehmen werden, wie etwa bei der Diskussion über die Freihandelszone. Aber anzunehmen ist, daß bei der Erörterung der Probleme immer mehr die politischen Aspekte der gesamten NATO-Rekonstruktion vor den militärischen hervortreten dürften. Die Militärs spielen bei dieser NATO-Konferenz eine untergeordnete Rolle. Der Hauptgrund hierfür ist wohl die bei allen Delegationen sich immer mehr durchsetzende Erkenntnis, daß man die zwischen Ost und West aufgetürkten Probleme nicht mehr mit ausschließlichen militärischen Mitteln lösen kann. Henry Speak, seine Verteidigungsminister und Generale, im vergangenen Jahr außer Präsident Eisenhower noch die Hauptfigur der Pariser NATO-Konferenz, ist dieses Jahr in den Hintergrund gedrängt worden.

Nach dem Warschauer Ulbricht-Besuch

ler - Auch dies ist auf das Bonner Konto "Versäumter Gelegenheiten" zu vermerken: Die geradezu lächerliche Übereinstimmung zwischen Ulbricht und dem polnischen Parteichef Gomulka in der Berlin- und Deutschlandfrage sowie der bedingungslosen Unterstützung beider Länder aller angekündigten und noch zu erwartenden sowjetrussischen Aktionen. Die Beziehungen zwischen Warschau und Pankow zeichneten sich seit den Tagen der polnischen Oktober-Revolution nicht gerade durch besondere Wärme aus, es gab häufig zwischen beiden Regierungen unhörbare Dissonanzen, die aus den verschiedenen Auffassungen über die Deutschlandpolitik, über die Rolle Rußlands in der kommunistischen Welt und über die Stellung zu Jugoslawien resultierten. Eine Zeitlang betrachtete Gomulka Ulbricht nicht als einzigen Gesprächspartner auf deutschem Boden, wiederholt ließ die polnische Regierung ihren Wunsch laut werden, auch mit Bonn durch Aufnahme diplomatischer Kontakte in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Die Bemühungen Warschaus schlugen fehl, Bonn stellte sich taub. Es half Gomulka auch sein Bestreben nicht viel, den schon seit Jahren fälligen Besuch Ulbrichts in Warschau immer wieder hinauszuzögern. Diese Hinhalte-Taktik konnte Warschau auf die Dauer nicht durchhalten, dafür sorgte schon der sowjetische Druck auf Polen und die Bonner Vereinigung aller Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Ohne Zweifel hat Polen in den letzten Wochen eine Schwenkung vorgenommen. Es segelt nun ganz im Kielwasser der sowjetrussischen Deutschlandpolitik, und auch in seiner Bewertung des Pankow-Regimes ist eine Änderung eingetreten. Der Fehlschlag aller polnischen Eigeninitiativen zur Entspannung in Mitteleuropa ließ die polnischen Staatsmänner wieder Schutz und Anlehnung in Moskau vor einer Gefahr suchen, die sie als die größte für den Bestand und die Sicherheit ihres Staates ansehen: Die Gefahr vor einem wiedererwachenden, mit Atomwaffen ausgerüsteten deutschen Militarismus. Wir sollten über diese Furcht nicht lächeln, sie bestimmt das Handeln der polnischen Staatsmänner und sie nährt sich aus geschichtlichen Erfahrungen. Ungeschickte Äußerungen bundesrepublikanischer Politiker und ebenso ungeschickte Verhaltensweisen der Bonner Regierung trugen zu dieser neuentflammten Furcht bei. Die Ablehnung der Rapacki-Vorschläge durch Bonn wurde und wird in Warschau als Beweis dafür aufgefaßt, daß in Westdeutschland wieder "revanchistische Kräfte" am Ruder sind. Das Communiqué über die Gespräche zwischen Ulbricht und Gomulka trägt Züge eines solchen verzerrten Deutschlandbildes, es spricht von der Bundesrepublik als einem "Hauptgefahrenherd für den Frieden in Europa" und von ihrem Streben nach "Vorherrschaft in Westeuropa".

So kann es nicht Wunder nehmen, wenn bei einer solchen Einstellung zur Bundesrepublik und ihrer Rolle in Europa in polnischen Augen das Gewicht Ulbrichts als eines willkommenen Bundesgenossen im Kampfe um die Existenzhaltung des polnischen Staates steigt. Hat dies die Bonner Politik vorausgesehen oder kommt ihr eine solche Wertsteigerung Pankows nicht einmal ungelegen? Dreizehn Jahre nach dem Zusammenbruch begegnet uns Polen mit einem unverhohlenen Mißtrauen; es wird sich noch als ein weiteres Humilis für eine aktive und friedliche Politik der Wiedervereinigung erweisen.

Wirtschaftskonferenz im Schatten der Pyramiden

D.St. - In der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Republik, in Kairo, ist die Wirtschaftskonferenz der afro-asiatischen Länder zu Ende gegangen. Nachdem sich die jungen, entwicklungsfähigen Nationen Asiens und Afrikas vor Jahresfrist schon einmal in Kairo zur Erörterung politischer Fragen getroffen hatten, standen jetzt wirtschaftliche Probleme zur Debatte. Die Kairoer Konferenz ist eine halbamtliche Zusammenkunft der Afro-Asiatik-Länder, die man aber trotzdem als eine Fortsetzung der sogenannten Bandung-Konferenz, die 1945 in der westjavanischen Stadt Bandung in Indonesien stattfand, ansehen kann.

Diese Wirtschaftskonferenz im Schatten der Pyramiden hat zunächst politisch eine besondere Bedeutung dadurch erlangt, daß der indonesische Vertreter sofort energisch gegen die Anwesenheit einer sowjetischen Delegation protestierte, um damit kund zu tun, daß das Land der 3 000 Inseln es nicht wünsche, diese Tagung zu einer kommunistischen Propaganda-Plattform werden zu lassen. Diese sehr bestimmte indonesische Erklärung zeigt, daß die Annäherung des Staates von Sukarno und Hatta an den Westen in den letzten Monaten Fortschritte gemacht hat.

Die Afro-Asiatische Wirtschaftskonferenz, die im Übrigen von Moskau inspirierte politische Anträge niederstimmte, hat sich geeinigt, eine Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit ins Leben zu rufen. Die Länder Südost-Asiens, vornehmlich wiederum Indien und Indonesien, wandten sich jedoch gegen die Bildung eines sogenannten Exportkartells der Rohstoffproduzenten, die von der Sowjetunion als Gegenaktion zum Europäischen Gemeinsamen Markt vorgeschlagen worden war.

Diese Ablehnung ist - das darf man mit Fug und Recht behaupten - ein politisch und wirtschaftlich höchst wichtiger Beschluß, denn es war klar, daß sich besonders Indien und Indonesien niemals einer solchen sowjetischen Inspiration beugen konnten. Beide Staaten haben mit den hochindustrialisierten Ländern Europas sehr enge wirtschaftliche Beziehungen, und es sei an dieser Stelle nur an den Aufbau des großen Hüttenwerkes Rurkela in Indien erinnert, an dem unter anderem England und die Bundesrepublik beteiligt sind.

Indonesien wird den wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten des Europamarktes mit Ausnahme der Niederlande jeden nur möglichen Vorrang einräumen. Die Häfen von London, Antwerpen, Bremen und Hamburg sowie der jugoslawische Hafen Rijeka sind in Zukunft die Umschlagstationen

für die indonesischen Rohstoffe. Europäische Werften werden in noch viel stärkerem Maße Schiffsbauaufträge erhalten. Die Bundesrepublik soll allein für über 100 Millionen Mark Schiffe für Indonesien bauen. Außerdem hat die Reise von Bundeswirtschaftsminister Erhard durch verschiedene Länder Asiens deutlich gemacht, daß eine große Bereitschaft zur Unterstützung der entwicklungsfähigen Länder besteht.

Die neutralen Staaten wissen, daß eine einseitige Annäherung politischer und wirtschaftlicher Art an Moskau dazu führen kann, das Risiko der Außenhandelsbanken und der Industrieanbieter der westlichen Länder zu erhöhen und deren wirtschaftliches Interesse entsprechend zu vermindern. Insbesondere würde man sich scheuen, Handelsniederlassungen von Unternehmungen dieser Art in den entwicklungsfähigen Ländern zu errichten. Damit wären diese jungen Nationen in Afrika und Asien einer wertvollen Stütze beim Aufbau und bei der Erhaltung ihrer neuen Industriezweige beraubt.

Natürlich wird es - auf die Dauer gesehen - eine Afro-Asiatische Konkurrenz auf dem Weltmarkt geben. Aber sie wird nicht durch einen russischen Antrag auf der Kairoer Konferenz aus dem Boden zu stampfen sein, denn die politischen und vor allen Dingen technischen Voraussetzungen sind noch nicht gegeben. Auch ist es unwahrscheinlich, daß die Afro-Asiatischen Staaten sofort einen Wirtschaftsblock gründen und errichten können, der das Gebiet von Tanger in Nordafrika bis Surabaya in Indonesien umspannen kann. Daß man zunächst daran denkt, regionale Wirtschaftsintegrationen zu planen, zeigt ein Beispiel aus Südost-Asien. Verantwortliche indonesische Wirtschaftsexperten arbeiten seit geraumer Zeit daran, eine Malayische Wirtschaftsunion zu schaffen, die zunächst einmal die Völker Malayischer Abstammung, den Stadtstaat Singapur und Indonesien umfassen soll. Im Zuge der Souveränitätsübertragungen an britische Kolonialgebiete durch die Regierung in London soll auch das Protektorat Sawarak in Nord-Borneo unabhängig werden. Von diesem Zeitpunkt an soll auch Sawarak ein Glied der Malayischen Wirtschaftsunion werden.

Sicherlich wäre es falsch, die Afro-Asiatische Wirtschaftskonferenz in Kairo zu unterschätzen, jedoch darf man niemals vergessen, daß die wirtschaftliche Kraft der jungen Staaten in Asien und Afrika vorläufig noch nicht ausreicht, die in Kairo diskutierten hochfliegenden Pläne ad hoc zu verwirklichen. Für die westlichen Länder muß die Afro-Asiatische Wirtschaftskonferenz vielmehr wieder ein Anlaß sein, sich noch mehr als bisher um die entwicklungsfähigen Länder Asiens und Afrikas zu kümmern, denn wer die Geschichte der ehemaligen Kolonien von 1947 ab bis heute kritisch betrachtet, der wird erkennen, daß in Asien und Afrika die Zeit und mit ihr die politische Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln voranschreitet.

Burgfrieden?

Von Franz Borsig

Die Kreise, die in der Bundesrepublik nach den sowjetischen Berlin-Noten mit besonderem Eifer die politischen Parteien in der Bundesrepublik aufforderten, angesichts der sowjetischen Forderung einen Burgfrieden zu schließen, leiden an einer eigenartigen politischen Schizophrenie. Die gleichen Kommentatoren von A bis Z, die sich diese Parole zu eigen machten, haben nämlich im gleichen Atemzuge versucht, innerhalb einer Partei, die, um im Bild zu bleiben, eine der wichtigsten Mannschaften in dieser Burg ist, Unfrieden zu stiften. Wie auf ein Kommando nämlich wurde in der ganzen letzten Woche darüber orakelt, daß im Grunde genommen der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, die Auffassungen seiner Partei nicht teile, sondern denen des Bundeskanzlers viel näher stehe. Und um diese Meinung volkstümlicher zu machen, wurde das so plastische Bild von "Alten" und von "Jungen" geprägt, da man auf diesem Gebiete mit den sonst üblichen Gefühlsrequisiten nicht auskam.

Nun, dieser Spuk ist verfliegen, nachdem sich am vergangenen Wochenende in der Sitzung des SPD-Vorstandes eine völlige Übereinstimmung zwischen dem SPD-Vorstand und Willy Brandt - der nebenbei Mitglied dieses Vorstandes ist - ergab.

Die SPD würde diesen Vorgang nicht so sehr betonen, wenn eben nicht die gleichen Kreise, die für den gesamten Zustand und das Verhältnis der Parteien untereinander in der Bundesrepublik die Burgfriedens-Parole empfahlen, im gleichen Atemzuge mit Fleiß versucht hätten - allerdings ohne Erfolg - innerhalb einer Partei Unfrieden zu stiften. Inwieweit sie dabei der Regierungspropaganda auf dem Reife gegangen sind, braucht dabei nicht weiter untersucht werden, aber es soll zumindest darauf hingewiesen werden, daß das Propaganda-Amt der Bundesregierung nach höchster Weisung am eifrigsten diese Unfriedensparole "verkauft".

Wie steht es aber generell mit dem Burgfrieden? Burgfrieden an sich ist kein absoluter Wert. Die eine Mannschaft in dieser Burg würde sich eines schweren Vergehens schuldig machen, wenn sie heute eine Politik auch nur stillschweigend zuließe, von der sie objektiv überzeugt sein muß, daß sie die ganze Burg in Gefahr bringt.

Weniger im Bild gesprochen: Eine Politik, die auf der Berliner These des Bundeskanzlers beruhen würde, nämlich mit den Sowjets überhaupt nicht zu verhandeln, solange sie nicht bereit sind, ihre Berlin-Akten zurückzuziehen, kann zu keinem Burgfrieden, sondern nur zu harten Auseinandersetzungen führen. Solche Auseinandersetzungen wären im Interesse der Sache, nämlich Berlins, notwendig, denn sie würden zu einer schweren Bedrohung dieser Stadt führen. Die SPD hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß es zwar unumgänglich notwendig ist, die sowjetischen Berlin-Vorschläge in aller Eindeutigkeit zurückzuweisen, daß man aber auf der anderen Seite ohne jeden zeitlichen Verzug seine Bereitschaft aussprechen muß, mit der UdSSR über alle Fragen der europäischen Sicherheit und des deutschen Problems zu diskutieren. Dabei sollte man es sich nicht so leicht machen, dazu nur die Bereitschaft auszusprechen, sondern man sollte sich endlich einmal der Mühe unterziehen, westliche Gegenanschläge zu unterbreiten, die nicht einen neuen Streit über die unfruchtbare Reihenfolge-theorie heraufbeschwören, sondern so realistisch gehalten sind, daß auch die Gegenseite ein Interesse haben müßte, darüber zu verhandeln.

Wenn man hier zu einer Einigung kommen kann, dann ist es sehr wohl möglich, gemeinsam vorzugehen, ohne daß man dafür neue schmückende Beiwörter zu erfinden braucht.

Nach dem Stand der Pariser Verhandlungen läßt sich zur Zeit noch nicht genau übersehen, welche Haltung die Westmächte einnehmen werden. Manches spricht dafür, daß sie nicht auf die Berliner These des Bundeskanzlers eingehen. Wäre dem so, dann hätte sich die Opposition in ihrer Rolle als Wächter und Mahner ein großes Verdienst erworben.

Aber das wird man abwarten müssen, zumal auch die Bundesregierung zu den Staaten gehören wird, die die sowjetische Note zu beantworten haben. Auch diese Antwort bleibt abzuwarten. Ist die Antwort vernünftig, dann kann sie vielleicht ein Anlaß sein, um weitere gemeinsame Überlegungen anzustellen. Ist das nicht der Fall, dann wird die SPD niemand von A bis E daran hindern können, im Interesse der Existenz der ganzen Burg weiter ihre Stimme zu erheben.

Schlafen die Herzen?

Auf einer der am meisten befahrenen Straßen der Bundesrepublik sahen wir einen Mann am Rand der Fahrbahn liegen, nicht an und mußten feststellen, daß dieser Schwerverkehrte den ersten Weltkrieges seit mehr als drei Stunden zusammengebrochen und ohne Hilfe liegend geblieben war. Aus beiden Fahrtrichtungen passierten ihn um diese Tageszeit in jeder Minute mehrere Wagen. Ungezählte "Verkehrsteilnehmer" hatten keinen Zeit für den Mitmenschen, der da an einem kassen W. vombertag mit einer dünnen Windjacke auf der Erde lag. Man kann also heute in Deutschland auf der belebtesten Autostraße wie ein einzelnes Tier verenden.

Wo ist hier noch eine Spur von jener vielseitigen Annäherung vor dem Leben, welche die Menschen des Westens von den Robotern der totalitären Systeme unterscheiden soll? Die Mißachtung der von ihren Egoismen vorwärtsgetriebenen Zeitgenossen vor der Not des Nächsten beweist vielmehr, daß die Seelen im Sog der Materie hier wie dort krank geworden sind. Der Materialismus wird im Osten gelehrt; wird er im Westen geliebt?

Dieses Defizit der Herzen scheinen die hektischen Ausbrüche eines Massen-Altruismus zu widersprechen, sobald weltöffentliche Vorgänge als Tagessensationen wirken, so während der Unruhen-Erhebung oder während der Massenentlassungen von Rußlandheimkehrern in Friedland. So steil die Wogen des Mitgeföhls in solchen Stunden über die Mauern der Eifersucht hinwegschäumen, so selbstverständlich verschwinden sie wieder, als wären sie nie gewesen. Es ist wirklich so, als könne sich das strapazierte Herz unseres Volkes in dieser Zeit nur noch zu jähren Wallungen aufputschen lassen, um danach wieder in die Unverbindlichkeit eines abge-schirmten Privatseins zurückzufallen. Im Alltag zu dienen, zu opfern, zu verzichten, um helfen zu können, fordert viel von einem Volk, das in zwei Kriegen und harten Nachkriegsjahren das Äußerste aus sich heraus geleistet hat und - geopfert hat - und dies umsonst. Man erwartet und verlangt diese Tugenden zwar noch in Gestalt eines Berufsethos von den professionellen Trägern des Altruismus, von Geistlichen, Ärzten, Lehrern, Schwestern und Pflegern, kaum noch von den Staatsdienern, keineswegs mehr von Mensch zu Mensch. Daher die Gleichgültigkeit gegenüber dem individuellen und dem nationalen Notstand, die Unfähigkeit, auch nur in Brennpunkten eine Gemeinschaft zu manifestieren.

Ein Fußballsieg ist wichtiger als die neueste Wechsellagerung von der Ausblutung der Sowjetzone, eines Drittels des Vaterlandes. Die Affäre Witribitt bewegt die Gemüter stärker als die Schicksale der Spätkheimkehrer oder Spätkausiedler. Je pretätaler die Fernsehtrüben werden, um so geringer ist das Scherflein etwa für die Friedland-Hilfe, dieses älteste Hilfswerk für die Spätkheimkehrer und für die schwergeprüften Deutschen aus den entriessenen Ostgebieten, die in den dreizehn Jahren seit der Katastrophe nicht wie die anderen zu Hause für ihre Zukunft leben durften, sondern nur um ihres Daseins willen leiden mußten und jetzt in das größere Vaterland "heimkehren" müssen, weil sie die soziale und leibliche Not in ihrer immer mehr verfröndeten und entseelten "Heimat" nicht mehr auszuhalten vermögen.

Schlafen die Herzen? - Menschsein heißt helfen!

+ + +